

# Der Freisinn schickt Merz und Couchepin ins Rennen

Nach der Kampfansage der CVP um einen zweiten Bundesratsitz hat die FDP gestern reagiert: Die Partei will, dass sich ihre beiden Bundesräte zur Wiederwahl stellen. Derweil rumort es bei der CVP: Ihr rechter Flügel will FDP wählen.

Von Gieri Cavelti

Bern. – Die gestrige Medienkonferenz von FDP-Präsident Fulvio Pelli und Fraktionschef Felix Gutzwiller zum Thema «Legislaturbilanz und Zusammensetzung des Bundesrates» war am Vorabend erst einberufen worden. Zwei Tage zuvor hatte CVP-Generalsekretär Reto Nause in der «Südostschweiz am Sonntag» einen zweiten Bundesratsitz für seine Partei eingefordert – auf Kosten der FDP. Dennoch stellte Gutzwiller gestern jeden Zusammenhang zwischen der christdemokratischen Kampfansage und dem kurzfristig anberaumten Presse-termin in Abrede. «Nein, die FDP ist nicht nervös», sagte Gutzwiller. «Die Einladung ist so spät erfolgt, weil wir wichtige personelle Entscheidungen zu verkünden haben. Wäre der Termin früher kommuniziert worden, hätte dies nur unnötig Raum für Spekulationen in den Medien gegeben.»

Mit den wichtigen personellen Entscheidungen gemeint ist der Umstand, dass die beiden FDP-Magistrate Hans-Rudolf Merz und Pascal Couchepin im Dezember zur Gesamterneuerungswahl des Bundesrates antreten werden. Wirklich neu sind diese von Gutzwiller als Neuigkeit bezeichneten Personalien keineswegs: Couchepin hatte zwar lange ein Geheimnis um seine Zukunft gemacht. Vor Monatsfrist aber hat er sein vorläufiges Verbleiben im Amt dem «Blick» mitgeteilt. Und dass es Merz noch einmal wissen will, ist schon seit längerem bekannt.

Nachdem der Punkt «Zusammensetzung des Bundesrates» abgehakt war, gingen Gutzwiller und Pelli zum Traktandum «Legislaturbilanz» der beiden freisinnigen Regierungsmitglieder über. Der Finanz- und der In-



Vor dem «Strategiezeichnen»: FDP-Präsident Fulvio Pelli bedient vor der Medienkonferenz noch sein Handy.

Bild Keystone/Peter Klauzner

nenminister wurden in den höchsten Tönen gerühmt. Selbst das Ja des Stimmvolkes zu einer Erhöhung der Familienzulagen im letzten November verkaufte Gutzwiller als einen Coup von Couchepin. Dabei hatte sich der Walliser nur sehr widerwillig hinter die Vorlage gestellt; die FDP selbst hatte die Vorlage sogar zur Ablehnung empfohlen.

## Strategie dürfte sich auszahlen

Auf die Frage, ob die FDP ihre beiden Bundesräte auch dann zur Wiederwahl stellen wird, wenn die CVP bei den Parlamentswahlen im Herbst einen höheren Wähleranteil erzielen würde als die FDP, meinte Gutzwiller: «So weit wird es gar nicht kommen.» Diese Antwort mag nicht eben einfallreich erscheinen. Vieles vermittelt dennoch den Anschein, dass die FDP mit ihrer Strategie Erfolg haben könnte. Jedenfalls wird der vom CVP-Ge-

neralsekretariat erhobene Anspruch auf eine Doppelvertretung im Bundesrat inzwischen aus den eigenen Reihen kritisiert. «Ich halte wenig von solchen Aktionen», sagt der Luzerner CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger der «Südostschweiz». «Ich frage mich, ob es klug ist, wenn wir unsere bürgerlichen Partner derart vor den Kopf stossen.» Bislang habe die CVP stets die Meinung vertreten, sie werde den zweiten Bundesratsitz nicht vor dem Jahr 2011 zurückzuerobren versuchen. «Dass man so kurz vor den Wahlen die Meinung ändert, könnte für die CVP zum Bumerang werden», so Lustenberger weiter.

## «Andere haben auch gewartet»

Für den Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister gibt es auch dann keinen Grund, schon für die kommende Legislatur eine Doppelvertretung im Bundesrat anzustreben, wenn die

CVP die FDP bei den Parlamentswahlen überholen würde. «Es kann doch nicht sein, dass wir einen amtierenden Bundesrat abwählen, der gute Arbeit geleistet hat.» Andere Parteien hätten auch länger als vier Jahre warten müssen, bis sie entsprechend ihrem Wähleranteil im Bundesrat vertreten waren. Pfister: «Da kann doch auch die CVP die Geduld aufbringen, bis 2011 oder wenigstens bis zu einer Vakanz in der Regierung zu warten.»

Vor allem jedoch kommt es für Pfister nicht in Frage, einen zweiten CVP-Bundesrat lediglich dank der Unterstützung von SP und Grünen zu erhalten. «Da müssten wir zu grosse Konzessionen an die Linke machen.» Pfister glaubt in dieser Frage einen «nicht unbedeutenden Teil der Fraktion» hinter sich. «Und letztlich sind die Empfehlungen für die Bundesratswahlen Sache der Fraktion.»

INTERVIEW 5. SPALTE

AUS ERSTER HAND

## «Die Grünen gehörten in den Bundesrat»



Mit Andreas Ladner\* sprach Gieri Cavelti

### Herr Ladner, nun geht es im Wahlkampf 2007 bereits um Köpfe und Sitze im Bundesrat. Ist das nicht etwas früh?

Andreas Ladner: Für die Schweiz ist das eine neue Entwicklung. Es ist meiner Meinung nach aber nicht falsch, dass man vor den Wahlen darüber spricht, was danach sein wird. In anderen Ländern ist das ja auch der Fall.

### CVP und FDP balgen sich um die Doppelvertretung im Bundesrat. Wie ordnen Sie diesen Streit ein?

Ladner: Die beiden Parteien liegen bei den Wähleranteilen nahe beieinander. Die CVP hat ihren Sitz vor vier Jahren verloren, da ist es für sie verständlich, dass sie einen zweiten Sitz anstrebt. Ebenso verständlich ist es umgekehrt, dass die FDP ihren zweiten Sitz nicht hergeben möchte.

### Eigentlich ist es doch kurios, dass einige Prozentpunkte über einen Bundesratsitz entscheiden sollen.

Ladner: Das ist es in der Tat. Wenn man sich auf die Wähleranteile stützt, dann haben weder die CVP noch die FDP Anspruch auf einen zweiten Sitz. Dann gehörten die Grünen in den Bundesrat. Es ist interessant, dass gerade die SVP, die sich im eigenen Fall auf die arithmetische Konkordanz berufen hat, diesen Grundsatz bei den Grünen nicht gelten lassen will.

### Dem Vernehmen nach werden allfällige Bundesratswünsche der Grünen aber selbst von der SP nicht unterstützt. Wie man hört, setzen die Genossen eher auf die Option CVP.

Ladner: Die Grünen sind für die SP zur ernsthaften Konkurrenz geworden. Überdies käme der SP schon ein Bundesrat mit zwei CVP-Vertretern entgegen. Man könnte in der Sozialpolitik recht gut zusammenarbeiten.

### Grüne-Präsidentin Ruth Genner sagt, solange Christoph Blocher im Bundesrat sitzt, werde ihre Partei auf einen Sitz in der Regierung verzichten.

Ladner: Diese Meinung wird nicht von allen in der Grünen Partei gleichermassen geteilt. Es kann natürlich eine Strategie sein, dass man sich sagt, als Nicht-Regierungspartei machen wir uns die Hände nicht schmutzig. Letztlich will eine Partei aber etwas bewirken und nicht nur geliebt werden. Und als Regierungspartei hat man nun einmal mehr Einfluss.

### Die FDP stellt zwei Magistrate zur Wiederwahl, die 64 respektive 65 Jahre alt sind. Zugleich hat Parteichef Fulvio Pelli gestern einer «personellen Erneuerung» im Bundesrat das Wort geredet.

Ladner: Es ist ein offenes Geheimnis, dass die FDP nicht glücklich ist über ihre heutige Vertretung im Bundesrat. Sie passt nicht zum Image, das man sich geben will. Die Freisinnigen hätten am liebsten eine jüngere Bundesrätin. Auf der anderen Seite hat die Partei wenig Einfluss auf das Verhalten ihrer Bundesräte. Ausserdem ist die Situation für die FDP im Moment sehr heikel. Eine Vakanz kann sie sich nicht erlauben. Die Gefahr, den zweiten Sitz zu verlieren, wäre zu gross.

\* Andreas Ladner ist Professor für öffentliche Verwaltung und institutionelle Politik in Lausanne.

## Niederlage für Minarett-Gegner

Das Minarett in der Gemeinde Wangen bei Olten kann gebaut werden. Das Bundesgericht hat eine Beschwerde abgewiesen.

Lausanne. – Der türkisch-kulturelle Verein hatte das Gesuch für den Bau eines Minaretts auf dem bestehenden Gebetshaus im Januar 2005 eingereicht. Die Gemeinde Wangen bei Olten verweigerte jedoch die Bewilligung. Anders sah es das Bau- und Justizdepartement des Kantons Solothurn, das die Bewilligung für die Errichtung des Minaretts im Rohbau erteilte. Zwei Anwohner gelangten darauf ans Solothurner Verwaltungsgericht, blitzten dort aber ab. Auch die gegen diesen Entscheid eingereichte staatsrechtliche Beschwerde der beiden Anwohner hat das Bundesgericht nun abgewiesen. Das Gericht kommt in dem gestern publizierten Urteil zum Schluss, dass die vorgebrachte Kritik am Verfahren vor dem Verwaltungsgericht unbegründet ist. Die Frage des Minarettbaus in der Gewerbezone, dessen ästhetische Eingliederung in die Umgebung und die Einhaltung der Parkplatzvorschriften hatten die Anwohner nicht bemängelt. (ap)

Urteil 1P.26/2007 vom 4. Juli

# Öko-Klausel im Gesetz bremst den Import von Biotreibstoffen

Die ökologische Bilanz der meisten Biotreibstoffe, die importiert werden könnten, ist negativ. Das relativiert den Rechtsstreit zwischen Bundesrat und Parlament.

Von Hanspeter Guggenbühl

Bern. – Treibstoffe aus erneuerbaren Rohstoffen sollen von den Steuern befreit werden, zuerst einheimische, in zweiter Linie importierte. So steht es im revidierten Mineralölsteuergesetz, welches das Parlament im vergangenen März beschlossen hat. Darüber ist nun ein Rechtsstreit entbrannt: Der Bundesrat vertritt, die Bevorzugung von einheimischen Produkten widerspreche internationalem Handelsrecht. Deshalb will er in der Ausführungsverordnung in- und ausländische Treibstoffe aus erneuerbaren Rohstoffen gleich behandeln (Ausgabe von gestern).

Rechtlich besteht also ein Konflikt zwischen internationalen Bestimmungen und nationalem Gesetz. Inhaltlich aber macht es keinen wesent-

lichen Unterschied, ob Treibstoffe aus dem Inland bevorzugt werden oder nicht. Denn wesentlicher ist die Öko-Klausel, die das Parlament ebenfalls im Gesetz verankerte. Demnach dürfen nur jene so genannten Biotreibstoffe von den Mineralölsteuern befreit werden, die «Mindestanforderungen an den Nachweis einer positiven ökologischen Gesamtbilanz» erfüllen. Diese Öko-Klausel im Gesetz setzt dem Einsatz von Treibstoffen aus Biomasse und dem Import enge Grenzen. Das bestätigt eine umfangreiche Studie\*, die drei Bundesämter in Auftrag gaben und am 22. Mai veröffentlichten. Demnach weisen nur Biotreibstoffe aus Abfällen sowie Holz und Gras eine positive Öko-Bilanz aus. Die Treibstoffe hingegen, die aus Ackerpflanzen – vom Mais über Raps bis zum Zuckerrohr – gewonnen werden, belasten die Umwelt stärker als herkömmliches Benzin.

## Aus für Zuckerrohr und Palmöl

Für die Umsetzung der Öko-Klausel ist das Bundesamt für Umwelt zuständig. Dieses beantragt nun, die Steuerbefreiung zu begrenzen auf Treibstof-

fe, die aus Abfällen (vom Grüngut bis zum Frittieröl), Rückständen aus der Landwirtschaft sowie Gras und Zuckerrüben erzeugt werden. Dies ergaben Recherchen der «Südostschweiz». Mit Ausnahme von Benzin aus Zuckerrüben, das laut der erwähnten Studie ökologisch knapp schlechter abschneidet als normales Benzin, folgt das Umweltamt damit dem Buchstaben des Gesetzes.

Diese Begrenzung (die der Bundesrat mittels Ausführungsverordnung allerdings noch genehmigen muss) schliesst die Steuerbefreiung der mengenmässig wichtigsten Biotreibstoffe aus. Dazu gehören insbesondere Biobenzin aus Zuckerrohr, Mais und Weizen sowie Biodiesel aus Raps und Palmöl. In der Praxis dürfte damit die Menge an Biotreibstoffen, die importiert werden – zum Beispiel Biobenzin aus Zuckerrüben oder Biodiesel aus Frittieröl – marginal bleiben. Langfristig können neue technische Verfahren die Öko-Bilanz von Biotreibstoffen verändern.

\* «Ökobilanz von Energieprodukten», Empa u.a., Bericht April 2007; www.bfe.admin.ch